

Gute Schulen für Reiche? Schlechte Schulen für Arme? Nicht mit uns!**Die SPD-Stadtverbands-Delegiertenkonferenz möge beschließen:**

Die im SPD-Stadtverband Eschweiler organisierten Sozialdemokraten sagen „JA! Zu Grundschulbezirken“ und „NEIN! Zu Parallelgesellschaften“. Wir fordern die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, aus der Opposition heraus nach Kräften gegen eine Abschaffung von Grundschulbezirken zu kämpfen.

Begründung:

Die CDU-Landesregierung postuliert aktuell die Abschaffung der bewährten Grundschulbezirke in NRW. Unter dem Vorwand Grundschulen selbständiger, eigenständiger und vergleichbar für Eltern machen zu wollen, plant sie die Abschaffung eines bewährten Systems. Unter dem pseudoliberalen Argument der „Wahlfreiheit für Eltern“, wird behauptet Konkurrenz im staatlichen Unterrichtsangebot belebe das Geschäft und steigere auch im Wettbewerb der Grundschulen zueinander zwangsläufig die Qualität von Unterricht. Hierbei wird die in der Wirtschaft faktisch bestehende Logik von Angebot und Nachfrage 1 zu 1 auf die staatliche Aufgabe von Bildung angewendet. Das ist absurd und steht gegen jeden Gedanken staatlicher Verantwortung für Gleichbehandlung.

Fakt ist:

Die Abschaffung der Grundschulbezirke würde bewirken,...

- 1.) ...dass gutsituierte Eltern, mit oftmals einem nicht lohnabhängig arbeitenden Elternteil, ihre Kinder „weit“ zur gewählten Grundschule fahren können, während schlechter situierte junge Eltern hierzu nicht in der Lage wären. Somit entstünden Schulen für Reiche, und solche für Arme. Eine Absurdität in einer solidarischen Gesellschaft, die für Sozialdemokraten nicht akzeptabel ist.
- 2.) ...dass Schulbezirke mit gewisser Migrationsprägung sich zu potentiellen Zweiklassengesellschaften entwickeln könnten. Dies gilt es schon vor dem Hintergrund der parteiübergreifenden Meinung zu verhindern, dass eine erfolgreiche Migration von Zuwanderern stark davon abhängig ist, dass von Kind an eine sprachliche und soziale Einbindung in die Gesellschaft und die Werte unserer Gesellschaft, wie Demokratie, Gleichbehandlung von Mann und Frau, Solidarität und Gleichheit aller Menschen stattfindet.
- 3.) ...möglicherweise Grundschulen geschlossen werden müssten. Ein „Grundschultourismus“, wie ihn die Pläne der CDU-Landesregierung nach sich ziehen würde, hätte zwangsläufig die „quasi marktradikale“ Folge, dass die Gesetze von Angebot und Nachfrage zu stark verminderten Anmeldungen bei Grundschulen in „Problembezirken“ führen würden. Das

hätte wiederum Folgen für ganze Orts- und Stadtteile, die nicht die Akzeptanz verantwortlich handelnder Politik finden können.

- 4.) ...dass stark nachgefragte Grundschulen vergrößert werden müssten, was weder wirtschaftlich noch wünschenswert ist. Die Antwort auf die Frage, woher dieses Geld kommen soll, bleibt die CDU-Landesregierung mit ihrem Konzept schuldig.
- 5.) ...dass den Kommunen jedwede Planungssicherheit genommen würde. Ohne planbare Schülerzahlen kann keine Stadt sinnvoll in Schulgebäude investieren, denn schon morgen könnte die Schule wegen fehlender Schülerinnen und Schüler überflüssig werden, während andere Schulen aus allen Nähten platzen könnten.

Aufgabe verantwortungsbewusster Politik in NRW muss sein, Grundschulen mit ausreichenden Mitteln zur Herstellung flächendeckender Qualität auszustatten. Initiativen zur Schaffung einzelner Grundschulen, die qualitativ andere Grundschulen übertreffen, ist in einer solidarischen Gesellschaft weder wünschenswert noch sinnvoll. Orts- und Stadtteile würden leiden, ja Kinder würden leiden. Einen Auto- und Bustourismus, verursacht durch die Aufhebung von Grundschulbezirken ist Kindern im Grundschulalter nicht zumutbar.

Es muss weiterhin gelten: „Kurze Wege für unsere Kurzen!“